

Wertestudie

Jemand rückte die rote Couch in eine Ecke. Fast rührend verloren steht sie da herum, wie ein Relikt aus einer glorreichen Vergangenheit in einem ansonsten erbarmungslos nüchternen Besprechungsraum. Der Samtüberzug sieht aus, als hätten ihn die Sonne und Generationen von Hintern gemeinsam zerschissen. „Ich wollte das Ding schon oft weggeben“, sagt Sylvia Kritzinger, Professorin am Institut für Staatswissenschaften der Universität Wien. Es wäre schade darum, denn irgendwie passt das Möbelstück zu ihrer Arbeit. Kritzinger erforscht die Demokratie, und dazu gehört die Frage, was den Österreichern heilig ist, welche Werte sie schon ewig hochhalten und welche im Laufe der Zeit zerbröseln sind.

Kritzinger ist für den Österreich-Teil der Europäischen Wertestudie verantwortlich. Die Studie soll im nächsten Frühjahr als Buch erscheinen und das empirische Unterfutter für allfällige künftige Wertedebatten liefern. profil und die Tageszeitung „Kurier“ veröffentlichen die wesentlichen Erkenntnisse vorab. Diese Woche geht es im ersten Teil darum, wie Österreicherinnen und Österreicher zur Demokratie stehen, was sie von Zuwanderung halten und wie es um den sozialen Zusammenhalt im Land bestellt ist. Die nächsten beiden Folgen drehen sich um Religion, Familie und Arbeit.

Alle neun, zehn Jahre fertigen die Werteforscher ein empirisches Standbild vom Innenleben der Alpenrepublik an. Nach 1990, 1999 und 2008 war nun ein neues fällig. Die europäischen Vergleichszahlen folgen im Laufe des Jahres 2019 (siehe Kasten).

Eines gleich vorweg: Wäre Herrn und Frau Österreichers Wohlbefinden das Maß aller Dinge, müsste das Land anno 2018 vor sich hinschnurren. Noch nie waren seine Bewohner so zufrieden. 71 Prozent haben an ihrem Leben aktuell nichts auszusetzen. In den Finanzkrise-Turbulenzen des Jahres 2008 lag der Wert um zehn Prozentpunkte niedriger. Dreh- und Angelpunkt aller persönlichen Angelegenheiten bleibt die Familie, während die Politik im Ranking der wichtigsten Lebensbereiche traditionell ein Schattendasein fristet. Für 87 Prozent der Befragten ist die Familie „sehr wichtig“, seit 30 Jahren hält sie im Ranking der wichtigsten Lebensbereiche die erste Stelle (1990: 85 Prozent). „Erstaunlich“ findet das die Soziologin Caroline Berghammer, die am Familien-Teil der Wertestudie mitarbeitete, „vor allem, wenn man bedenkt, wie stark sich das Familienbild in dieser langen Zeitspanne wandelte“. Vergleichsweise bescheidene zehn Prozent bewerten Politik als zentral im Leben. Dazwischen verschieben sich die Gewichte: Über die Jahrzehnte war nach der Familie die Arbeit gekommen. 2018 ist sie nur mehr 48 Prozent „sehr wichtig“ (1999: 62 Prozent). Freunde und Bekannte rücken im Ranking nach oben. Auch die Freizeit klettert mit jeder Erhebungswelle ein Stück hinauf (1990: 37 Prozent; 2018: 46 Prozent). Die Bedeutung der Religion schwindet indes sukzessive. Vor allem die Praxis – Sonntagsmesse und Beten – erodiert, wenig

VON EDITH MEINHART

FOTOS:

PHILIPP HORAK

überraschend für die Religionswissenschaftlerin Regina Polak, die den Wertewandel in Österreich seit der ersten Erhebung 1990 beobachtet und auch an der aktuellen Studie mitgeschrieben hat. Bemerkenswert allerdings ist, dass sich in ihren Daten gleichzeitig ein kleines Revival abzeichnet: „Die christliche Religion wird für Teile der Bevölkerung zu etwas Identitätsstiftendem, so wie Lederhose oder Dirndl.“

Christian Friesl, Leiter der interdisziplinären Werteforschung an der Universität Wien, liest aus dem Datenkonvolut einen „Trend zum Mikrosozialen“ heraus. Sprich: Man kümmert sich um seine Liebsten und schert sich nicht viel um das gesellschaftliche Große und Ganze. „Politik scheint immer mehr zum Serviceanbieter zu werden“, fürchtet Friesl. Politische Bindungen lösen sich auf, aus Anhängern können im Nu Gegner werden. Gilt das nicht nur für Parteien, sondern für das politische System insgesamt? 2008 hatte die Wertestudie sorgenvolle Betrachtungen ausgelöst: Die Demokratie schien in Not zu geraten, die Sehnsucht nach dem starken Mann war auf Rekordniveau. Ein Viertel der Befragten (24 Prozent) wünschte sich damals einen „Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“.

Und heute? Die Lage wirkt beruhigt. Zwar sind bloß 56 Prozent Bevölkerung mit dem politischen System grundsätzlich einverstanden, 96 Prozent aber halten die Demokratie für die bestmögliche aller politischen Welten (2008: 92 Prozent). Das Vertrauen in die Institutionen ist nach wie vor gering – nicht einmal jeder Zweite vertraut dem Parlament (2018: 46 Prozent; 2008: 28 Prozent) – es ist aber fast durchgängig höher als vor zehn Jahren. Zwischen den politischen Lagern fanden die Politikforscher freilich gewaltige Unterschiede. Kritzinger: „Personen, die sich Mitte-rechts einstufen, haben deutlich mehr Vertrauen in die Regierung und das Bundesheer. Links der Mitte vertraut man vor allem Kontrollinstitutionen wie der Justiz oder den Gewerkschaften.“ Für das heikle Spiel von Macht und Kontrolle wertet die Politikforscherin das aber als günstig.

Einen starken Führer wollen 2018 nur mehr 16 Prozent, das sind gegenüber 2008 immerhin um acht Prozentpunkte weniger. Über all dem schwebt ein Fragezeichen, auch für die Werteforscher: Sind die Österreicher mit sich und der Welt im Einklang

oder bloß erschöpft vom Dauerstreit in der Großen Koalition? Vor allem die Wähler der FPÖ hatten sich vor langer Zeit abgewandt, sie scheinen nun befriedet. „Man hätte sich insgesamt mehr Konflikt erwartet“, räumt Friesl ein, der die gute Nachricht aber nicht zerreden will: „Nicht allen, aber vielen geht es gut in diesem Land.“ Es ist auch für die Demokratie eine gute Nachricht. Wie ein

Einen starken Führer wollen 2018 nur mehr 16 Prozent, vor zehn Jahren waren es noch um acht Prozentpunkte mehr.

POLITIKFORSCHER
KRITZINGER, AICHHOLZER;
REDAKTEURIN
MEINHART (MITTE)



vom Sozialforschungsunternehmen Sora erst kürzlich ins Leben gerufener Demokratiemonitor belegt, prägt die ökonomische Lage den politischen Standpunkt. „Wer wirtschaftlich zu kämpfen hat, ist skeptischer gegenüber der Demokratie und offener für rechtspopulistische Botschaften und autoritäre Einstellungen. Da sind unsere Befunde ganz eindeutig“, sagt Christoph Hofinger von Sora.

In der Rückblende zeigt sich, dass 2008 im Staate Österreich und weit über seine Grenzen hinaus einiges faul war, als die Werteforscher damals (von Juli bis Oktober) ihre Interviewer ausschickten. Die rot-schwarze Koalition war geplatzt, die Politik befand sich im gereizten Wahlkampf-Modus, den der damalige schwarze Vizekanzler Wilhelm „Es reicht!“ Molterer vorgegeben hatte. Das dritte Lager war in FPÖ und BZÖ gesplittet, beide Parteien legten bei der Wahl zu. Der Arbeitsmarkt laborierte an den Folgen der EU-Osterweiterung. Am 15. September ging schließlich das US-Investmenthaus Lehman Brothers pleite und riss die Welt in die schwerste Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren. Verglichen damit sind die Umstände der Werteerhebung 2018 freundlich. „Dieses Mal fanden die Umfragen im ersten Halbjahr statt, mitten in der Honeymoon-Periode einer neuen Regierung“, sagt Politikwissenschaftlerin Kritzinger. Das hinterließ Spuren im Wertekosmos der Österreicher.

Die rot-schwarzen Koalitionen verdrossen vor allem die Wähler der Freiheitlichen. In der Wertestudie 1999 bekundeten 65 Prozent der FPÖ-Sympathisanten ihre Zufriedenheit mit der Demokratie, 2008 waren es nur noch 36 Prozent. Ihr Frust spiegelt sich seither in zahllosen Umfragen von Meinungsforschern: Die blauen Wähler fühlten sich über die Maßen ausgegrenzt und unfair behandelt, sie misstrauten Institutionen und dem politischen Gefüge mehr als alle anderen und blickten besonders düster in die Zukunft. Die Bundespräsidentenwahlen im Jahr ▶

„Man hätte sich insgesamt mehr Konflikt erwartet. Nicht allen, aber vielen geht es gut in diesem Land.“

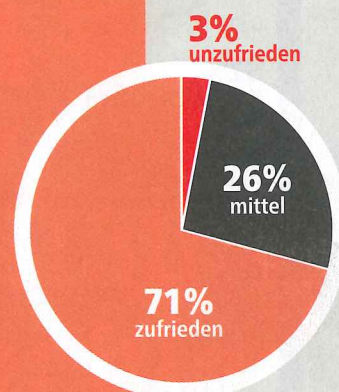
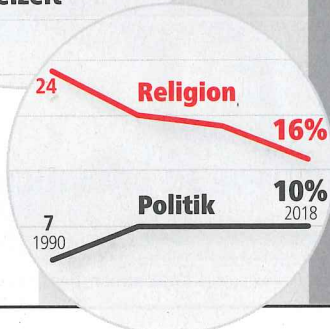
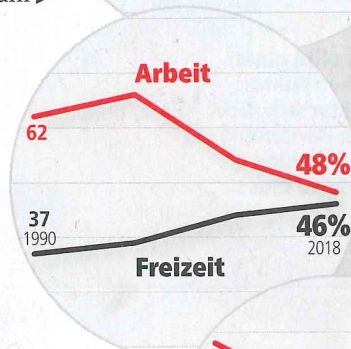
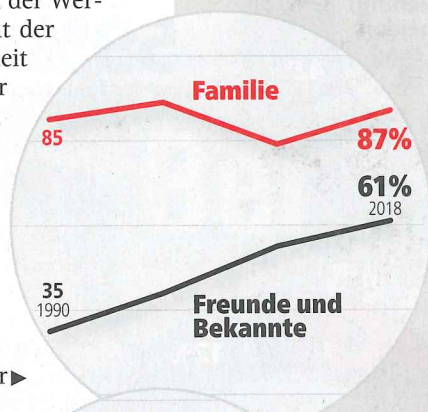
Christian Friesl,
Leiter interdisziplinäre
Werteforschung

**ICH BIN ZURZEIT ZUFRIEDEN
MIT MEINEM LEBEN**

71%
2018

61%
2008

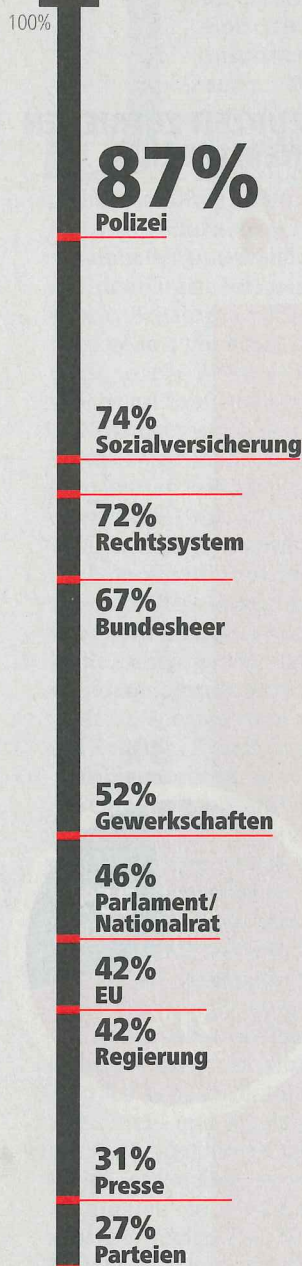
ZENTRALE LEBENSFELDER



Was im Leben wirklich zählt

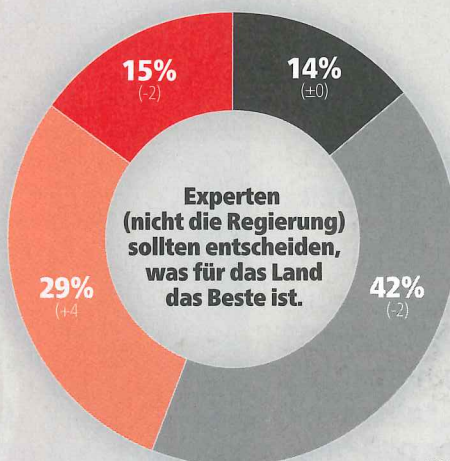
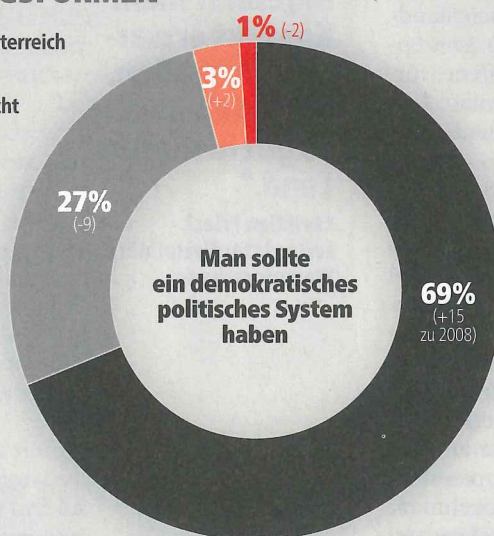
Seit 30 Jahren kommt die Familie an erster Stelle. Freunde, Bekannte und die Freizeit werden wichtiger, die Bedeutung der Religion schrumpft. Politik fristet seit jeher ein Schattendasein im Ranking der wichtigsten Lebensbereiche.

VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN

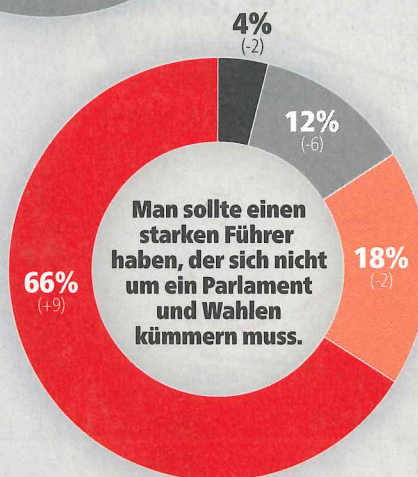
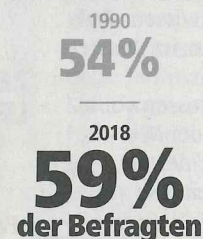


MEINUNGEN ZU VERSCHIEDENEN REGIERUNGSFORMEN

- sehr gut für Österreich
- ziemlich gut
- ziemlich schlecht
- sehr schlecht



AN POLITIK INTERESSIERT



DIE WICHTIGSTEN THEMEN AUS SICHT DER WÄHLER

Vor der NRW 2008:

1. **Teuerung, Inflation**
2. Sichere Pensionen
3. Hohe Arbeitslosigkeit
4. Pflege (Regress)
5. Gesundheit, ärztliche Versorgung
6. Energie, Treibstoffpreise
7. Budget/Schulden, Steuern
8. Streit in der Koalition
9. Ausländer
10. Sicherheit/Kriminalität

NRW 2013:

1. **Korruption, Skandale/Affären**
2. Miet- und Wohnungspreise
3. Missbrauch von Sozialleistungen
4. Probleme in den Schulen
5. Umwelt und Energie
6. Kriminalität/Sicherheit
7. Arbeitsplätze
8. Steuerbelastung
9. Zuwanderung/Asyl
10. Euro-Krise

NRW 2018:

1. **Flüchtlinge/Asyl/Zuwanderung**
2. Kriminalität/Sicherheit
3. Arbeitslosigkeit
4. Pensionen, Pflege
5. Probleme in den Schulen
6. Gesundheit, ärztliche Versorgung
7. Steuerbelastung
8. Miet- und Wohnungspreise
9. Teuerung/Inflation
10. Ratlosigkeit der EU

POLITISCHE ANSICHTEN

96 Prozent der Befragten halten die Demokratie für die beste aller möglichen politischen Welten, aber 56 Prozent würden die Regierungsgeschäfte gerne in die Hände von Experten legen. Einen starken Führer wünschen sich nur mehr 16 Prozent. 2008 waren es noch um acht Prozentpunkte mehr.

WAS SIND FÜR SIE DRINGLICHE ANLIEGEN?

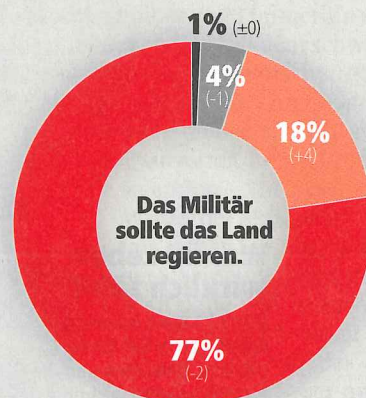
55%
Flüchtlinge/Asylwerber/
Zuwanderung

34%
Die zu niedrigen
Einkommen/Pensionen

32%
Die Situation an den
österreichischen Schulen

30%
Der mögliche Abbau
von Sozialleistungen

28%
Das Thema
Pflege



Quelle: Fritz Plasser/Franz Sommer: Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise

2016 nährten gar Verschwörungsfantasien, es gehe bei Wahlen nicht mit rechten Dingen zu. Jörg Haiders Narrativ: „Sie sind gegen mich, weil ich für euch bin“ hatte sich im rechten Segment nachhaltig verfangen. Es birgt freilich auch einen wahren Kern. Wie Untersuchungen belegen, orientieren sich Regierungen generell stärker an den Interessen und Werthaltungen der Bildungsschicht, „das spüren Menschen mit geringer formaler Bildung natürlich“, sagt Christoph Hofinger von Sora.

Seit Antritt der neuen ÖVP-FPÖ-Regierung dürfen sich die Anhänger der Freiheitlichen als Teil des Systems fühlen. Laut Franz Sommer, Meinungsforscher im Dienste der ÖVP, stehen sie heute beinahe so geschlossen hinter ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz wie dessen eigene Wähler. Das schaffte weder Wolfgang Schüssel mit zwei schwarz-blauen Kabinetten noch einer der roten Kanzler nach ihm. Kurz lerne aus den Fehlern der Vergangenheit, so Sommer: „Es nützt ihm ja nichts, wenn er selbst gut dasteht, der Koalitionspartner aber nicht, und deshalb alles ins Rutschen kommt.“ Christoph Hofinger von Sora bestätigt die Beobachtungen seines Kollegen anhand eigener Daten: „Man kann sagen: Die Rechten schöpften durch die Regierung Vertrauen in die Institutionen, während das Vertrauen der Linken noch nicht erodiert.“



„Rechts der Mitte vertraut man in Regierung und Bundesheer, links der Mitte in Kontrollinstitutionen.“

Sylvia Kritzinger, Politikwissenschaftlerin

Geht man in die Details, zeigen sich Grautöne, mitunter Widersprüche. 56 Prozent der Befragten würden der neuen Wertestudie zufolge die Regierungsgeschäfte am liebsten in die Hände von Experten legen, die „am besten wissen, was gut für das Land ist“. Das spricht nur bedingt für eine demokratiopolitisch reife Einstellung. Auch beim Individualismus sind die Befunde nicht ganz eindeutig, konstatiert Julian Aichholzer, Assistent am Institut für Staatswissenschaften und Mitverfasser des Diversitätskapitels: „Unsere Daten zeigen eine steigende Zustimmung zur Aussage, dass es im Leben darum geht, das Beste für sich herauszuholen.“ Die aktuellen Erziehungsstile weisen ebenfalls in Richtung Autonomie, wie die Soziologin Caroline Berghammer im Zuge der aktuellen Werteerforschung herausfand. Gleichzeitig wächst der Wunsch nach sozialer Absicherung. Das deckt sich mit anderen empirischen Befunden, die den Bürgerinnen und Bürgern des Landes – gegen den westeuropäischen Trend – ein auffallend starkes Bedürfnis nach Sicherheit attestieren. Vielleicht sind sie schlicht etwas außer Atem? Es wäre kein Wunder.

Kaum ein zweites westeuropäisches Land muss sich innerhalb so kurzer Zeit so grundlegend ändern wie Österreich: Innerhalb von nur zwei Jahrzehnten fiel der Eisener Vorhang, trat das Land der ►

Bei Megastau ist U-Bahn schlau.

Schnell umsteigen – mit der WienMobil-App sind die Öffis immer zum Greifen nah.



Die Stadt gehört Dir.

Die Europäische Wertestudie

An der Europäischen Wertestudie (European Values Study, EVS) nehmen 44 Staaten teil. Der Fragebogen wird in einem internationalen Konsortium abgeglichen. Österreich beteiligt sich seit 1990 an der Erhebung. Es folgten die Wertestudien 1999 und 2008. Das Projekt ist beim Forschungsverbund Interdisziplinäre Werteforschung der Universität Wien angesiedelt (Koordination: Christian Friesl). Für die Durchführung war 2018 die Politikwissenschaftlerin Sylvia Kritzinger zuständig. Die Stichprobe wurde für die aktuelle Erhebung erstmals um Einwohner mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund aufgestockt; in Summe 304 Personen, die entweder selbst im Ausland auf die Welt kamen oder Eltern haben, die nicht in Österreich geboren sind. Die Befragungen oblagen dem Institut für empirische Sozialforschung (Ifes). 75 Feldforscher schwärmten von Jänner bis April des laufenden Jahres aus, um 1644 zufällig ausgewählte Erwachsene (ab 18 Jahren) face-to-face zu befragen (inklusive Personen mit Migrationshintergrund: 1948). Die Ergebnisse der bisherigen Wertestudien erschienen in mehreren Büchern. Darunter: Denz, Friesl, Polak, Zuba, Zulehner: Die Konfliktgesellschaft: Wertewandel in Österreich 1990 bis 2000; Friesl, Hamaers-Zuba, Polak: Die ÖsterreicherInnen: Wertewandel 1990 bis 2008; Polak: Zukunft. Werte. Europa. Die europäische Wertestudie 1990 bis 2010: Österreich im Vergleich). Auch dieses Mal soll die Studie als Buch publiziert werden. Die europäischen Vergleichszahlen werden für Anfang des Jahres erwartet. Weitere Informationen: werteforschung.at; europeanvaluesstudy.eu. Soeben erschien im Springer-Verlag der vom Linzer Uniprofessor Johann Bacher et al herausgegebene Sammelband „Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich“, der ebenfalls dem langfristigen sozialen Wandel auf den Grund geht. Untertitel: Trends 1986 bis 2016.

ZUWANDERER UNTER DRUCK

Zuwanderer sollen Bräuche und Traditionen beibehalten

25%
2018

32%
2008

Wenn Arbeitsplätze knapp, Ausländer in die Heimat zurückschicken

33%
2018

50%
2008

47%
1999

Zuwanderer belasten Österreichs Sozialsystem

74%
2018

65%
2008

77%

97%
Deutsch sprechen zu können

96%
Institutionen und Gesetze respektieren

52%
In Österreich geboren zu sein

38%
Österreichische Vorfahren zu haben

WAS MACHT EINEN ÖSTERREICHER AUS?

28%

21%

18%

13%

9%

7%

WEN MAN NICHT GERNE ALS NACHBAR HÄTTE

Juden

Menschen anderer Hautfarbe

Homosexuelle

Zuwanderer

Muslime

Roma und Sinti

Leute, die oft betrunken sind

Drogenabhängige

Fremde, Nachbarn

Von Zuwanderern wünschen sich die Österreicher vor allem, dass sie Deutsch sprechen, sich an die Regeln halten und möglichst nicht auffallen. Der Anpassungsdruck steigt. 18 Prozent haben ein Problem mit Zuwanderern in der Nachbarschaft.

EU bei und zog sich der Staat aus vielen Bereichen zurück. In den 1990er-Jahren platzte auch noch die Illusion, kein Einwanderungsland zu sein. Jugoslawien war zerfallen, der Balkan von Kriegen verwüstet. Dem Zuzug aus Osteuropa folgten 100.000 überwiegend bosnische Flüchtlinge. 1993 lebten 340.000 Menschen mehr im Land als vor dem Kollaps des Ostblocks. Die Bevölkerung war darauf nicht vorbereitet und sehnte sich nach jener kulturell und sozial homogenen Gesellschaft zurück, die ihr in den Nachkriegsjahrzehnten vor Augen stand. Die EU-Freizügigkeit machte den Österreichern zusätzlich einen Strich durch die Rechnung. 2017 hatten von den rund 8,6 Millionen Einwohnern etwa 15,1 Prozent nicht die Staatsbürgerschaft. 2008 lag der Wert noch um fünf Prozentpunkte niedriger. Von rund zwei Millionen Menschen mit Migrationshintergrund stammt die Hälfte aus einem anderen EU-Land, „das hat gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, denn ein großer Teil davon ist besser ausgebildet als die autochtone Bevölkerung“, sagt Soziologe Roland Verwiebe. Er steuerte zur Wertestudie gemeinsam mit einer Kollegin das Arbeitskapitel bei.

Auch wenn die Werte je nach Fragestellung schwanken, gilt ein Fünftel der Bevölkerung als manifest fremdenfeindlich. In der Wertestudie spiegelt



„Wo jemand auf die Welt gekommen ist, finden die Österreicher nicht mehr so wichtig wie das Verhalten.“

**Julian Aichholzer,
Politikwissenschaftler**

sich das in den Items zur Zuwanderung wider. 1990 meinten 68 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher, „Ausländer sollten ihren Lebensstil an den der Inländer anpassen“, 2008 stimmten derselben Aussage 80 Prozent zu, inzwischen sind es 82 Prozent. Annehmbar scheinen Migranten nur noch, wenn sie sich kompromisslos anpassen. Noch 2008 begrüßte ein Drittel der Befragten (32 Prozent), dass Zuwanderer „ihre Bräuche und Traditionen beibehalten“, inzwischen ist es bloß noch jeder Vierte (25 Prozent). Das Gros der Befragten (73 Prozent) betrachtet Zuwanderer anno 2018 als Bürde für das Sozialsystem (2008: 69 Prozent) und Gefahr für die öffentliche Sicherheit. 70 Prozent meinen, dass diese die Kriminalität anfeuern (2008: 69 Prozent). Nur in einem Punkt leistet man sich angesichts Facharbeitermangel und steigender Nachfrage nach 24-Stunden-Pflege pragmatische Großzügigkeit: Nur noch rund ein Drittel (34 Prozent) befürwortet, dass Menschen zurückgeschickt werden, wenn im Land die Arbeit knapp wird (1999: 48 Prozent; 2008: 50 Prozent). „Aber auch in dieser Frage gibt es – wenig überraschend – links und rechts der Mitte große Unterschiede“, so Politikforscher Aichholzer. Politisch links Eingestellte und Höhergebildete sind mit Eingewanderten solidarischer.

Ein Riss gehe durch das Land, hieß es in der me►



Fly Your Dreams

Hainan Airlines eröffnet eine neue Nonstopverbindung von Wien nach Shenzhen ab 20. Oktober

Fliegen Sie mit uns direkt nach China!

SHENZHEN

WIEN

25
YEARS
HAINAN AIRLINES



www.hainanairlines.com
☎ 00-800-8768-9999
✉ Hainan Airlines Global

Hainan Airlines wurde zum achten Mal in Folge als SKYTRAX 5-Star Airline bewertet. Genießen Sie einen noch komfortableren Flug mit dem großzügigen Platzangebot unserer Dreamliner B 787.



dialen Berichterstattung, nachdem 2015 Hunderttausende durch Österreich weiter Richtung Norden gezogen und Zehntausende hier geblieben waren. Laut Sozialforscher Hofinger ist dieser Befund ohne empirischen Boden: „Nur zehn bis 20 Prozent der Bevölkerung lehnen Flüchtlinge total ab, der weit aus größere Teil ist gespalten und zwischen Helfen und Abschotten hin- und hergerissen. Daran ändern weder der große Zustrom noch Einzelereignisse wie die Silversternnacht in Köln etwas.“ In den 1600 heimischen Gemeinden, die Flüchtlinge unterbrachten, leben 90 Prozent der Wahlberechtigten. Sie haben, so Hofinger, oftmals ihre eigenen Erfahrungen mit Syrern und Afghanen gesammelt und sind daher nicht völlig auf mediale und politische Darstellungen angewiesen.

2008 noch trieben vor allem ökonomische Sorgen die Bewohner des Landes um. Es ging um den Job, die soziale Absicherung, Pensionen. Zehn Jahre später führen Flüchtlinge und Zuwanderer die Liste der dringlichen Themen an. Was zwischen den beiden Bestandsaufnahmen passiert ist, kann man bei Meinungsforschern wie Sommer erfragen: „2015 schoss das Flüchtlingsthema nach oben, also schon im Vorfeld der Landtagswahlen in der Steiermark und in Oberösterreich, was dort auch mit einem spektakulären FPÖ-Ergebnis Niederschlag fand.“ Seither hält sich das Thema an der Spitze.

Wie hält man es drei Jahre nach der „Flüchtlingskrise“ und vielen, mitunter recht hysterischen Debatten über Mindestsicherung und Ausländerkriminalität mit gesellschaftlicher Diversität? Wie geht man 2018 mit Kranken, Behinderten, Älteren um, wie mit Menschen, die anders aussehen und an einen anderen Gott glauben, wie überhaupt mit Andersartigkeit? An die Antworten pirschen sich die Werteforscher aus mehreren Richtungen heran: Sie erkunden soziale Nähe und Distanz zu fremden Menschen, loten autoritäre Einstellungen aus und haken nach, was einen „echten Österreicher“ ausmacht. Beim Grundvertrauen teilt sich die Bevölkerung in zwei fast gleich große Hälften: 47 Prozent meinen, „man kann den meisten Menschen vertrauen“, 53 Prozent hingegen halten sich an die Devise, „dass man nicht vorsichtig genug sein kann“. Rechts der politischen Mitte herrscht weniger Grundver-

Drogensüchtige können Herr und Frau Österreicher am wenigsten leiden. Mehr als drei Viertel wollen sie nicht als Nachbarn.

trauen als links davon. Migranten, geringer Gebildete und Ältere sind deutlich misstrauischer als Jüngere und Höhergebildete.

Zu den Klassikern der Werteforscher gehört die Frage, wen man gern als Nachbarn hätte. Dabei zeigt sich 2018, dass Herr und Frau Österreicher Drogensüchtige am wenigsten leiden können. Mehr als drei Viertel (77 Prozent) wollen sie nicht in der näheren Umgebung haben. Trinker rangieren mit 64 Prozent nicht weit dahinter. In der türkischstämmigen Bevölkerung ist die Ablehnung um ein paar Prozentpunkte stärker. Das gilt – etwas abgeschwächt – auch für Menschen, die ihre Wurzeln in Ex-Jugoslawien haben. Gegen Menschen anderer Hautfarbe haben bloß neun Prozent der Befragten etwas einzuwenden, gegen Juden sieben Prozent. Der Antisemitismus ist seit Längerem tabu. Überraschend: Bei der Frage, ob Juden als Nachbarn erwünscht sind oder nicht, unterscheiden sich Einheimische kaum von den befragten Migranten.

Rassistische Vorbehalte sind nicht passé, sie fanden bloß neue Objekte: 28 Prozent der Befragten geben offen zu Protokoll, dass sie nicht neben Roma und Sinti leben wollen, und 21 Prozent deklarieren sich gegen Muslime als Nachbarn. In dieser Frage scheiden sich die Geister am stärksten: Unter 24-Jährige haben sowohl mit Muslimen als auch mit Zuwanderern kaum Probleme (neun Prozent). Bei den über 65-Jährigen sprechen sich hingegen 29 Prozent gegen Muslime in der Nachbarschaft aus. Und auch die ideologischen Differenzen sind beträchtlich: 39 Prozent der Personen, die sich selbst politisch rechts der Mitte einordnen, wollen nicht neben Muslimen leben, links der Mitte äußern sich nur neun Prozent ablehnend. Nicht einmal ein Fünftel der Bevölkerung (16 Prozent) hat 2018 mit keiner der abgefragten Personengruppen ein Problem. Zum Schluss eine der raren guten Nachrichten: Das Verhältnis zu Homosexuellen war noch nie entspannter. 1990 bekannten 43 Prozent der Befragten, Schwule und Lesben nicht in ihrer Nähe haben zu wollen; 2018 ist der Wert auf 13 Prozent gesunken.

Warum ein Teil der Bevölkerung Fremde ablehnt, der andere sich damit arrangiert oder gar anfreundet, versucht das Konzept des Autoritarismus zu erklären, das Andersartigkeit per se verwirft. Laut ak-

39 Prozent der Personen, die sich politisch rechts der Mitte einordnen, wollen nicht neben Muslimen leben, links der Mitte äußern sich nur neun Prozent ablehnend.



Menschen – Themen – Meinungen.

Montagsmittag live auf Radio Wien:
profil im Radio mit einem spannenden Thema.



RADIO MIT **profil**

tueller Werteerhebung halten sich die autoritären Einstellungsmuster seit 1999 bemerkenswert stabil. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind zu vernachlässigen. Als besonders autoritär stehen über 65-Jährige hervor, Menschen mit geringer Bildung, Migranten und Menschen, die sich politisch rechts verorten.

Wer sich an den „anderen“ reibt, landet früher oder später bei dem, was den „echten Österreicher“ ausmacht. Auch dieser Frage gingen die Werteforscher 2018 nach. Deutschkenntnisse und die Achtung von politischen Institutionen sind für so gut wie alle Befragten (97 Prozent/96 Prozent) das Um und Auf. Beim Geburtsort lässt man inzwischen Milde walten. Aichholzer: „Wo jemand auf die Welt gekommen ist, finden die Österreicher nicht mehr so wichtig wie das Verhalten.“ Nur noch 52 Prozent halten es für entscheidend, im Land geboren zu sein; 38 Prozent der Befragten pochen auf österreichische Vorfahren. Dass sich die Fixierung auf die Herkunft geringfügig lockert, ist möglicherweise der Demografie geschuldet. Anders als die Pensionisten von heute wuchsen die jüngeren Generationen in einem grenzenlosen Europa auf und sind an Namen und Gesichter aus aller Welt gewöhnt. Aber auch hier zeigen sich zwischen Links und Rechts beträchtliche Unterschiede.

Psychologen wissen, dass die Aussicht, etwas zu verlieren, quälender sein kann als die Aussicht, etwas nicht zu bekommen. In dieser Hinsicht ist Österreich als eines der reichsten Länder der Erde der beste Humus für Abstiegsängste. Sie sind laut einer unveröffentlichten Sora-Studie massiv, so Hofinger: „Eine absolute Mehrheit ist davon überzeugt, dass es für die nächsten Generationen nicht mehr aufwärts geht.“ Darauf, wie man einer zwar beruhigten, vielleicht erschöpften, jedenfalls zutiefst pessimistischen Gesellschaft, in der sich tradierte Wahrheiten auflösen, wieder Zuversicht einhaucht, gibt die Wertestudie 2018 naturgemäß keine Antwort.

Zwei einander widersprechende Strömungen prägen die Zukunft, konstatieren Soziologen. Martin Mayr, Geschäftsführer des Marktforschungsunternehmens Integral, das die heimischen Milieus erforscht, beschreibt die Pole mit „Entgrenzung“ und „Begrenzung“. Die Emanzipationsbewegungen der 1968er, die Bildungsexplosion, Verstädterung und Globalisierung waren Hochzeiten der Entgrenzer. „9/11, das Platzen der Internet-Blase, die Finanzkrise und zuletzt die Flüchtlingsbewegung stärkten die Begrenzer“, so Mayr. Wie lässt sich vermeiden, dass die Gesellschaft in zwei Stämme zerfällt, von denen immer einer jubiliert, während der andere sich ausgegrenzt und überfahren fühlt? Mit dieser unmöglichen Aufgabe werden sich auch noch künftige Regierungen und Wertestudien herumschlagen. ■

Lesen Sie nächste Woche den zweiten Teil zur Wertestudie 2018.

Selbstständig, aber gottesfürchtig

Die religiöse Praxis – Beten und Sonntagsmesse – erodiert weiter. Ein Großteil der Bevölkerung glaubt aber weiter an Gott. Die aktuellen Erziehungsstile fördern Autonomie, Sparsamkeit wird zum Minderheitenprogramm.

73%

aller Österreicher glauben an Gott

Österreicher ohne religiöse Zugehörigkeit

21%

2018

16%

2008

Zum Gottesdienst mind. ein Mal im Monat gehen

36%

2018

50%

1990

1990
27%
meinen, dass Religion sehr wichtig im Leben sei.

2018
16%

EIGENSCHAFTEN, DIE KINDER IM ELTERNHAUS ERLERNEN SOLLTEN

